

Geschichte

Ingo Blechschmidt

24. November 2006

Inhaltsverzeichnis

I Geschichte

1 Schulheft

1.1	Die Entwicklung Bayerns	5
1.1.1	Überblick über die Anfänge des modernen Bayerns	5
1.1.2	Die bayerische Verfassung von 1818	7
1.1.3	Das Kulturkönigtum von Ludwig I.	7
1.1.4	Bayern in der Zeit des Deutschen Bundes . .	8
1.1.5	Schema der politischen Vereine in Bayern . .	9
1.1.6	Ursachen und Kennzeichen der verzögerten Entwicklung Bayerns	9
1.2	Der nationale Verfassungsstaat scheitert	10
1.3	Kurswechsel in Preußen (B. S. 54, Quelle M1) . .	11
1.4	Das Erstarken des Bürgertums (B. S. 48)	12
1.5	Die Gründungsgeschichte des Reiches	13
1.5.1	Heeresreform und Verfassungskonflikt	13
1.5.2	[Verfassungskonflikt und „Lückentheorie“ (B. S. 59)	13

1.5.3	Die deutsche Einigung unter preußischer Führung	14
1.5.4	[Krieg Preußens gegen Österreich ganz bewusst? 15	
1.5.5	[„Nach dem Krieg von 1866“ (B. S. 71)	15
1.5.6	Deutsch-französischer Krieg 1870/71	16
1.5.7	[Emser Depesche (B. S. 73)	16
1.5.8	[Bild: „Kaiserproklamation in Versailles am 18.1.1871“ (B. S. 62)	17
1.5.9	[„Die Reichsgründung aus der Sicht des Historikers“ (B. S. 74, Quelle M5)	17
1.6	Industrialisierung	19
1.6.1	Agrarrevolution und Bevölkerungsexplosion .	19
1.6.2	Überwindung der Rückständigkeit Deutschlands	19
1.6.3	[Voraussetzungen für Industrialisierung etc.	20
1.6.4	[Karte: „Binnenwanderung in Deutschland während des 19. Jahrhunderts“ (B. S. 85)	21
1.6.5	[„Boom und Krise in den 70er Jahren im Ruhrgebiet“ (B. S. 99, Quelle M1)	21
1.7	Die Soziale Frage	23
1.7.1	Die Lage der Arbeiter im 19. Jhd.	23
1.7.2	[„Arbeit in einer Spinnerei“ (B. S. 88, Quelle M4)	23
1.7.3	[„Fabrikordnung und Arbeitsdisziplin“ (B. S. 86, Quelle M3)]	24
1.7.4	[„Bitt schön, wenn der Herr Hund nicht alles aufessen kann...“ (Karikatur von Th. Th. Heine)	24
1.7.5	[„Um Gotteswillen, Sie stehen ja auf dem Schatzen seiner Durchlaucht!“ (Karikatur von XXX)]	24
1.7.6	[„Ein bürgerlicher Fabrikbesitzer im kaiserlichen Berlin“ (B. S. 114, Quelle M2)	25

1.7.7	„Arbeiterwohnungen und Kostgängerwesen in Chemnitz vor 1900“ (B. S. 116, Quelle M3)	25
1.7.8	Lösungsansätze für die Soziale Frage	25
1.7.9	Gedicht über Krupp	26
1.7.10	„Rerum Novarum“ (B. S. 132, Quelle M4)	27
1.8	Marxismus	28
1.8.1	Der historisch-dialektische Materialismus	28
1.8.2	Zusammenfassung	29
1.9	Arbeiterparteien	30
1.9.1	Entwicklung der Arbeiterpartei in Deutschland	30
1.9.2	„Das Gothaer Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands aus dem Jahre 1875“ (B. S. 131, Quelle M3)	32
1.9.3	Sozialistengesetze (1878–1890)	33
1.9.4	Staatliche Sozialgesetzgebung	34
1.10	Die Innen- und Außenpolitik des Deutschen Reichs	34
1.10.1	Merkmale der Verfassung von 1871 (B. S. 137)	34
1.10.2	Bismarck und die Parteien	35
1.10.3	„Die politische Bedeutung der Parteien“ (B. S. 153, Quelle M3)	36
1.10.4	„Das Kissinger Diktat (1877)“ (B. S. 167, Quelle M1)	36
1.10.5	Ziele von Bismarcks Außenpolitik	37
1.10.6	Interessen der einzelnen Großmächte	37
1.10.7	„Zweibund und Rückversicherungsvertrag“ (B. S. 168, Quelle M2)	37
1.10.8	„Charakter der Bismarckschen Friedenspolitik“ (B. S. 170, Quelle M3)	38
1.10.9	„Deutschland: »Hammer oder Amboss«?“ (B. S. 182, Quelle M1)	39
1.10.10	Folgen des Ausbaus der deutschen Kriegsflotte	40

1.10.11	Gründe für den 1. Weltkrieg	40
1.10.12	Welche Reaktionen waren kriegsfördernd, welche kriegshemmend?	41
1.10.13	Ursachen des 1. Weltkriegs	41
1.10.14	„Deutsche Kriegsziele“ (B. S. 191, Quelle M2)	42
1.11	Die Weimarer Republik	43
1.11.1	„Die »14 Punkte« Präsident Wilsons“ (B. S. 199, Quelle M1)	43
1.11.2	Übergang von Kaiserreich zur Republik	43
1.11.3	Legitimierung der neuen Regierung	44
1.11.4	Forderungen an eine demokratische Verfassung	44
1.11.5	Elemente der Weimarer Verfassung	45
1.11.6	Grundzüge der Weimarer Verfassung	46
1.11.7	Der Versailler Vertrag	49
1.11.8	„Fritz Fischer: Vom Zaun gebrochen – nicht hineingeschlittert“ (B. S. 234, Quelle M4)	52
1.11.9	„Von der Politik des »kalkulierten Risikos« zum Durchbruch des Präventivkriegsgedankens“ (B. S. 236, Quelle M5)	53
1.11.10	„Die Stühne der politischen Morde 1918–1922“ (B. S. 251, Quelle M4)	54
1.11.11	Inflation in der Weimarer Republik	55
1.11.12	Die Außenpolitik der Weimarer Republik	56
1.11.13	Übersicht über die Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik	60
1.12	Herrschaftsprinzipien in Demokratie und Führerstaat	61
1.12.1	Merkmale der NS-Herrschaftsordnung (Führerstaat)	62
1.12.2	Kennzeichen der rechtsstaatlich-demokratischen Ordnung	62
1.13	Hitlers außenpolitisches Programm	63

1.13.1	Schritte der Innenpolitik	63
1.13.2	„Die Angliederung“ des Sudetenlands 1938	64
1.13.3	[Phasen]	65
1.13.4	Weltpolitik	67
1.13.5	Deutschlandpolitik	67
1.13.6	[Potsdamer Abkommen]	67
1.13.7	[Nationalsozialistische Besatzungspolitik (B. S. 41f.)]	68
1.13.8	[„Die Vernichtung der europäischen Juden durch den Nationalsozialismus“ (B. S. 50, Quelle 4.2)]	69
1.13.9	[Widerstand (B. S. 56)]	70
1.14	[Die Erneuerung politischen Lebens]	73
1.14.1	[Entnazifizierung]	73

20.09.2005

Teil I

Geschichte

1 Schulheft

1.1 Die Entwicklung Bayerns

1.1.1 Überblick über die Anfänge des modernen Bayerns

[Frage: Wieso überhaupt so viele Herrschaftsgebiete ursprünglich?] Zentralistische Neuordnung unter Montgelas¹

Ziele: Neue Territorien mit unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Strukturen zu einer Einheit zu schweißen

Mittel: Zentralistisch durchgegliederte Verwaltung nach französischem Vorbild

¹Besonders wichtig: gleiche Gesetze für alle, gleiche Dynastie, Verfassung

1.13 Hitlers außenpolitisches Programm

[Quellen auf S. 17–20 („Hitlers außenpolitische Zielsetzung“, „Die »Hoßbach-Niederschrift«“)]

- Revision des Versailler Vertrags
Abkehr von der Politik Stresemanns
- Deutschland soll freier Machtstaat werden
- Erhaltung und Förderung des deutschen Volkes →
- Erweiterung des Lebensraums nach Osten [Ziel wegen der vergleichbar niedrigen Bevölkerungszahl würt]
[Nach Osten deshalb, da sich England und Italien dort wohl nicht einmischen würden. Nur Frankreich wäre dagegen, aber Frankreich ist ja eh Immer-Gegner.]
- Krieg
- Starke Armee [weniger Flotte]
- Niederwerfung Tschechiens und Österreichs
- Bündnisse mit England und Italien?

[Nicht: Wiederherstellung der Grenzen von 1914 (→ sofort wieder Krieg mit den Siegermächten) und Handelsflotte etc. (→ England (und damit auch Frankreich) als Gegner)]

20.09.2006

1.13.1 Schritte der Innenpolitik

- Ideologische Festigung
 - Bekämpfung der Gegner
 - Ideologische Schulung
 - Errichtung einer Diktatur
- „Wehrpolitische Festigung“
 - offizielle Aufrüstung [Soldaten und Geräte etc.; entgegen dem Versailler Vertrag]

- Schaffung eines Machtstaats
- Bündnisfähigkeit

[Unterstützung der Landwirtschaft, der Basis des Volks mit Blick auf ernährungstechnische Autarkie]

[Wieso nicht mal eben jetzt schnell angreifen? – Wirtschaftliche Probleme (zu wenig Rohstoffe etc.) und Aufrüstung noch zu unweit fortgeschritten]

1.1.3.2 „Die Angliederung“ des Sudetenlands 1938

Tschechoslowakei als Nationalitätenstaat

- „Tschechisierungspolitik“ [betrieben durch die Tschechen]
- Widerstandsgruppen [der Sudetendeutschen]: Konrad Heinlein

Völkerrechtswidrig und für heute ungültig: Münchner Abkommen

September 1938 (England, Frankreich, Italien, Deutschland)

Britische Appeasement-Politik:

- [„Auf gar keinen Fall Krieg“]
- Keine militärischen Aktionen
- Bündnisse; Vermittlerrolle

- War die Appeasement-Politik schuld am zweiten Weltkrieg? – Wohl nicht, aber es wäre durchaus sinnvoll gewesen, beim ersten Bruch des Versailler Vertrags Deutschland zu besetzen oder so.]

[England wollte den sich anbahnenden Krieg vermeiden und schlug eine Konferenz vor. Mussolini überzeugte Hitler von diesem Vor-schlag.]

Hitlers Nahziel („Hofbach-Protokoll“)

Zerschlagung der CSSR als „Flankenbedrohung“ (CSSR seit 1935 Partner Frankreichs und der UdSSR)

1.1.3.3 [Phasen]

1. Phase: Die vorbereitende Phase 1933–37 (Doppelspiel)

– [Verschleierung der wahren Ziele]

- Austritt aus dem Völkerbund
- Allgemeine Wehrpflicht
- Flottenabkommen [Deutschland sollte gegenüber England nur 35 % an Schiffen besitzen]
- Nichtangriffspakt mit Polen
- Achse Berlin–Rom

– Annexionen (1937–39)

- Anschluss Österreichs
 - Münchner Viermächtekonferenz
 - Erledigung der Resttschechei
 - Memelland
 - Hitler–Stalin-Pakt [ist keine Annexion]
- [Pakt zwischen faschistischem Deutschland und kommunistischen Russland; ideologischer Widerspruch!]
 - Russland hatte ein Bündnis mit Frankreich; durch den Hitler–Stalin-Pakt konnte sich Deutschland gegen einen Zwei-Fronten-Krieg absichern.
 - Russland fand doof, dass Russland nicht am Münchner Abkommen beteiligt war; der Hitler–Stalin-Pakt beschwichtigte daher Russland ein wenig. („Nein, du bist nicht isoliert“)
 - Aussagen des Pakts:

24.09.2006

24.09.2006

- * Kein Krieg zwischen Russland und Deutschland; bei Konflikten friedliche Regelung, notfalls über eine Schlichtungskommission
- * Befindet sich Russland oder Deutschland im Krieg mit einer dritten Macht, so darf diese dritte Macht nicht unterstützt werden.
- * Russland und Deutschland dürfen keine Verträge abschließen, die gegen den jeweiligen Vertragspartner gerichtet sind.
- * Territoriale Aufteilung: Polen halbe/halbe, Bessarabien (im Südosten Europas) bekommt Russland
- Vertragsdauer: 10 Jahre
- Widerspruch mit Deutschlands Vertrag mit Japan gegen die Komintern]

[2. Phase: Entfesselung des zweiten Weltkriegs]

- [Blitzkriege]

- [Angriffskrieg der Alliierten]

[Im Ersten Weltkrieg hat sich die Stellung der Frau geändert, beispielsweise durften Frauen wählen etc. Bei Hitler erfuhr die Emanzipationsbewegung einen Rückschlag: Akademikerinnen waren nicht gern gesehen; die Frau sollte in die Küche und Soldaten gebären.]
[Atlantikcharta von 1941:

- Selbstbestimmungsrecht der Völker (Wahl der Regierungsform)
Stalin unterschrieb zwar auch die Charta, hielt sich aber nie an diesen Punkt.
- Freier Welthandel; freie Meere; wirtschaftliche Zusammenarbeit
- Gegen Waffengewalt; Entwaffnung aggressiver Nationen/Mächte]

05.10.2006

06.10.2006

1.13.4 Weltpolitik

Friedenssicherung durch

- Konferenzen der Alliierten (Außenminister)
- Vereinte Nationen (gegründet 26.8.1945 [XXX Wikipedia nennt anderen Termin])
- Vorbereitung von Friedensverträgen mit den Besiegten des Zweiten Weltkriegs

1.13.5 Deutschlandpolitik

- Demilitarisierung
- Denazifizierung
- Dezentralisierung
- Demontagen
- Demokratisierung

1.13.6 [Potsdamer Abkommen]

Nationalsozialisten/Kriegsverbrecher

- Denazifizierung
- Bestrafung der Kriegsverbrecher

Politische Grundsätze

- Demilitarisierung
- Dezentralisierung
- Denazifizierung
- Demokratisierung

Wirtschaftliche Grundsätze

- Demilitarisierung
- Dezentralisierung

Reparationen

Sachleistungen: Hälfte an UdSSR auch aus Westzonen [weil die UdSSR die größten Verluste während des Kriegs erlitt]

Gebietsabtrennungen

- Königsberg an UdSSR
- Ostpreußen (mit wichtiger Stadt Königsberg) Hälfte/Hälfte an UdSSR und Polen
- Westverschiebung Polen/Deutschlands; Oder-Neiße-Linie

21.10.2006

1.1.3.7 [Nationalsozialistische Besatzungspolitik (B. S. 41f.)

Im Osten

- Rassistische Vernichtung der Juden: systematische Verfolgung
- Franke: Wirtschaftliche Überlegungen
Kompetenzstreitigkeiten zwischen Himmler und Frank
- Sofortige Exekution von Kommissaren der Roten Armee
- Plan: Umvolkungsprozess eines kleinen Teils, gefolgt von deutscher Besiedlung [XXX ka ob Plan ernstgemeint]
- Deportation großer Bevölkerungsteile nach Restpolen, Sibirien
- Slawen als Menschen zweiter Klasse
- Elimination der Führungsschichten durch Ermordung
- Angliederung Westpolens
- Reichsgaue ← „Volksdeutsche“ aus baltischen Staaten, Polen, Ukraine und aus Weißrussland

Im Westen

- Einverleibung einiger Gebiete
- Zivilverwaltung (Deutsche an der Spitze, die direkt Hitler unterstellt waren)
- Gleichschaltung
- Strenge Kontrolle
- Hauptziel wirtschaftliche Ausbeutung
- Auslieferung von Juden]

1.1.3.8 [„Die Vernichtung der europäischen Juden durch den Nationalsozialismus“ (B. S. 50, Quelle 4.2)

- Liquidierung von 80.000 Personen, davon 8.000 wegen Deutschlandfeindlichkeit oder bolschewistischer Tätigkeit, der Rest aufgrund von Vergeltungsmaßnahmen
- „überaus geschickte Organisation“, überraschender „Erfolg“ (WTF...)
- „Problem“: Nach jeder Exekution immer übrig bleibende Juden
- „Endlösung“
- Arbeitseinsatz → „natürliche Verminderung“ (Mangelversorgung mit Nahrung, Medikamenten etc.)
- „Restbestand“ gefährlich, da bei Freilassung Gefahr der Funktion als „Keimzelle“]

[Gesetze gegen Juden (vgl. B. S. 51, Quelle 4.2b)

- Aberkennung der Staatsbürgerschaft
- Verbot jüdischer Eheschließungen
- Verbot des Geldverkehrs

- Pflicht, um 20:00 zuhause zu sein
- Abnahme von Fahrrädern und Radios
- Kein Zugang zu Zeitungen, Seife, ...]

1.1.3.9 [Widerstand (B. S. 56)]

Mögliche Formen des Widerstands: Attentate, Sabotagen, Demonstrationen etc.

Unterscheidung zwischen aktivem und passivem Widerstand

Möglichkeiten des Widerstands heute in der BRD: Demonstrationen sowie das Widerstandsrecht gegen Politiker, die gegen die demokratische Grundordnung verstoßen, sofern andere Maßnahmen fehlschlagen

Aktiver Widerstand

Gezieltes Handeln mit der Absicht des Sturzes des Regimes

[Flugblätterverbreitung gehört zum aktiven Widerstand.]

Passiver Widerstand

- Flüsterwitze
- Hören von verbotenen Radiosendern
- Emigration [insbes./bspw. Schriftsteller]
- Selbstmord?

(Einerseits nützt ein Selbstmord der Gegner dem Regime – die Gegner bringen sich selbst um. Andererseits geht ein Verlust von Arbeitskräften und evtl. (bei Personen der Öffentlichkeit) eine Signalwirkung einher:)]

[Wieso war der Widerstand erfolglos?

- Gefestigter Unterdrückungsapparat

25.10.2006

- Ideologische Schulung
- „Untertanengeist“
- Kein Zusammenschluss der studentischen Bewegungen mit dem Arbeiterwiderstand; viele kleine Gruppierungen statt einer großen
- Keine Unterstützung aus dem Ausland
- Gewissensbisse des militärischen Widerstand wegen direkter Verteidigung gegenüber Hitler]

08.11.2006

[Demokratie = Grundrechte; freie, geheime und allgemeine Wahlen; Parteienpluralismus]

[Deutschlandpolitik = Summe aller Verträge etc., die Deutschland beeinflussen]

[Undeutliche/mehrdeutige Formulierungen (siehe B. S. 78f.): „So weit praktisch möglich“, „Vorerst“]

10.11.2006

[Weiße Rose wollte einen vernünftigen Sozialstaat.]

[Deklaration der Widerstandsaktionen einfach als Handlungen Kriminaleller durch das NS-Regime; damit Vertuschung der Widerstandsbewegungen.]

[Heimatvertriebene („Flüchtlinge“) waren v.a. Sudetendeutsche und Schlesier (siehe B. S. 75). 10 Millionen Heimatvertriebene!]

[Nahrungsmangel wegen schlechtem Winter 1946: Nur 900 kcal in französischer, 1300 in amerikanischer Besatzungszone (kein Austausch zwischen den Besatzungszonen, wegen der Politik, dass sich jeder Alliierte jeweils um seine eigene Besatzungszone kümmert)]

17.11.2006

[Rechtliche Grundlage der Vertreibungen war das Potsdamer Abkommen, das eine humane Überführung vorsah.]

[Die Besatzungsmächte bestimmten, wohin die Leute geschickt wurden.]

[In Bayern v.a. Sudetendeutsche (naheliegend, da geografische Nähe)]

[Keine gute Integration der Vertriebenen; sogar heute teilweise noch (siehe Quelle B. S. 84, Quelle 1.5)]

1. „Schild und Sühne“ (B. S. 80, Quelle 1.2)

- Autor: Franz Werfel, österreichische Schriftsteller
- Deutschland soll seine Seelen retten.
- Grundbedingung dabei: „objektive Erkenntnis des Geschehenen und subjektive Erkenntnis der Schuld“ (Vergangenheitsbewältigung)
- Nicht: „Ich habe das nicht mitbekommen“, „ich hab’ ja nichts getan“
- Stattdessen: Bei jedem liegt die Verantwortung.
- Rückbesinnung, Demut und Dankbarkeit an die „heiligen und großen Meister“, an Deutschlands große Denker, die humane Gedanken verbreitet haben, beispielsweise Kant für Aufklärung oder Mediziner etc.
- Werfel begründet die Forderungen damit, dass die Leute von Hitler begeistert waren, dass sie ihn gewählt haben und dass sie sogar begeistert in den Krieg gezogen sind.
- Außerdem haben ihm zufolge „[n]icht einzelne Verbrecher [...] jene Greuel begangen, sondern die »Volksgemeinschaft« in Person“.]

1. „Die Vertreibung der Deutschen – ein »Verbrechen gegen die Menschlichkeit?«“ (B. S. 83, Quelle 1.4)

Kritik an der Vertreibung durch O. K. Armstrong, einen amerikanischen Kongressabgeordneten:

- Verbrechen gegen die Menschlichkeit; inhumane Bedingungen; keine Menschenwürde
 - „[Die Amerikaner] haben in dummster Weise Öl auf das seltene Feuer gegossen“:
- Die Vertriebenen hatten Mund-zu-Mund-Propaganda gegen die Amerikaner betrieben: „Sorry, dass wir bei euch wohnen müssen, aber das ist wegen den Kapitalisten.“
- Die Reaktion der Leute, die Wohnungen bereitstellen mussten, war außerdem nicht „oh cool, wir können Menschen in Not helfen“; sie hatten ja selbst nichts.

- Die Vertriebenen waren 300 bis 750 Jahre in den entsprechenden Gebieten ansässig. Vertrieben wurden sie, obwohl sie keine Verbrechen begangen haben.]

1.14 [Die Erneuerung politischen Lebens]

1.14.1 [Entnazifizierung]

- Wichtigste Prozesse: Nürnberg; lokales Beispiel: Landsberg
- (Auch heute noch Pflege von NS-Gräbern und Verunstaltung jüdischer Gräber durch Neonazis. ...)
- Anklagepunkte: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, den Weltfrieden und allgemein Kriegsverbrechen
- Problem: Es fehlte ein internationales Recht; daher hat man im Wesentlichen nach US-Recht gehandelt. Das war ein Kritikpunkt, aber Geschichtstypen sind sich einig, dass nach deutschem Recht die gleichen Verurteilungen stattgefunden hätten. (Seit den Kriegsverbrecherprozessen ist es gelungen, ein internationales Recht aufzustellen.)
- Urteile v.a. gegen hohe Beamte, Ärzte und Wirtschaftsführer
- Amerikaner waren zu Beginn sehr rigoros mit der Entnazifizierung. Problem war, dass als Konsequenz fähige Leute (v.a. Beamte) fehlten; u.a. vertrat daher ein Ministerpräsident die Meinung, obwohl einige Nazis waren, sie trotzdem im Amt zu behalten. Dies gefiel den Amerikanern gar nicht, weswegen dieser Ministerpräsident schon nach vier Monaten abgesetzt wurde.]

[Betrügereien bei den Meldebögen]

[In der SBZ viel rigorosere Entnazifizierung, die auch Enteignung alles/vieler NS-Leute einschloss.]

1. „Das Weltgericht in Nürnberg“ (B. S. 97, Quelle 2.1)

- Situation: Bestrafung nicht (nur) des Staats, sondern der Staatsträger

- Problematik: Keine rechtliche Grundlage
- Lob: Zusammenarbeit der Nationen
- Rechtfertigung der Durchführung der Kriegsverbrecherprozesse trotz der Problematik: Belehrende Urteile; Symbol für die Überwindung des Bösen (Erkenntnis der Schuld → Neubeginn); (politischer, nicht juristischer, Prozess)
- Hoffnung: Schaffung eines Präzedenzfalls; Warnung an zukünftige Staatsträger
- Leider: Geringes Verständnis und Akzeptanz durch das deutsche Volk; fehlende Realisierung der Sachverhalte

[BTW, Verbot der Anfremdung mit Deutschen (hohe Strafe)]

Dezentralisierung

- Aufbau v.a. auf Stadt- und Kreisebene; später, langsam überregionale Zentralverwaltungen
 - Zerschlagung Preußens, dem „Hort des Militarismus“ (besonders von Churchill gewollt) → Gründung von Hessen [Hessen gab's zwar schon zuvor, aber noch nicht als Bundesland.]
 - Amerikanische Besatzungszone: Bayern, nördlicher Teil Baden-Württembergs
 - Englische Besatzungszone: Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen war eine Neugründung mit dem Ziel der Verhinderung des Falls vom Ruhrgebiet (das in Nordrhein-Westfalen liegt) an die Sowjets. Es gab nämlich immer so die Diskussion, dass das Ruhrgebiet durch alle Alliierten regiert werden sollte. Da schon der Kalte Krieg im Gang war etc., wollten das die Amerikaner natürlich nicht; somit gründete man Nordrhein-Westfalen und stellte es unter englische Besatzung („sorry, aber das Ruhrgebiet liegt in Nordrhein-Westfalen und gehört somit schon England...“).

- Französische Besatzungszone: Rheinland-Pfalz, südlicher Teil Baden-Württembergs
- Jeweils andere Arten und Weisen der Regierung, da sich jede Besatzungsmacht nach dem Scheitern des Kontrollrats/Außenministerrats auf die eigene Zone konzentrierte und da man sich am jeweils eigenen Land orientierte.
So war die englische Besatzungszone beispielsweise viel zentralistischer als die französische.
- In der Ostzone wurde recht schnell mit der Zentralisierung begonnen (vgl. B. S. 76f.).]

Die unterschiedliche Neuordnung des politischen Lebens

Demokratisierung →

Einheitspartei ↔ differenziertes Parteiensystem

SBZ:

- 10.6.45: Aufruf der SMAD [Sowjetische Militärverwaltung Deutschlands] zur Gründung von Parteien und Massenorganisationen
- 14.7.45: „Block der antifaschistischen demokratischen Parteien“
- [SED+Block+Massenorganisationen stellten im Vorfeld die Sitzverteilung auf.]
[Zu den Massenorganisationen gehörten v.a. pro-SED-Vereinigungen.]